

"Neue tschechoslowakische Regierung" in Luxemburger Wort (26. Februar 1948)

Legende: Am 26. Februar 1948 berichtet die luxemburgische Tageszeitung Luxemburger Wort über die Ereignisse des „Prager Staatsstreichs“, der den tschechoslowakischen Kommunisten die Mehrheit in der Regierung Klement Gottwalds sichert, und zwar auf Kosten der Demokraten unter der Führung von Jan Masaryks.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 26.02.1948, n° 57; 101e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "Neue tschechoslowakische Regierung", p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a

URL: http://www.cvce.eu/obj/neue_tschechoslowakische_regierung_in_luxemburger_wort_26_februar_1948-de-0583a309-7f2b-4b2b-a193-6281604c1f6b.html

Publication date: 02/07/2015

Neue tschechoslowakische Regierung

Unter dem Druck kommunistischer Manifestationen und Streikdrohungen nimmt Präsident Benesch die Vorschläge Gottwalds an

PRAG, 26. Febr. Die Regierungskrise in der Tschechoslowakei ist gestern abend durch die Bildung eines mehrheitlich kommunistischen Kabinetts unter der Leitung des bisherigen Ministerpräsidenten Gottwald beendet worden. Präsident Benesch erklärte sich endlich bereit, die Demission der zwölf Minister, welche am vergangenen Freitag die Krise heraufbeschworen hatten, anzunehmen. Er hat, nach Annahme des Rücktritts zweier weiterer Minister, die Gottwald nicht genehm waren, die von diesem vorgelegte Ministerliste gebilligt. Die zu wiederholten Malen angekündigte Radiorede des Staatspräsidenten fand indessen bis zur Stunde nicht statt. Das Parlament besteht nach wie vor, und es wird formell vermutlich bis zu den Neuwahlen, für die ein Termin noch nicht festgesetzt worden ist, nicht aufgelöst werden. Gottwald hat offenbar alles, was er wollte, durch Mittel erreicht, die seiner Auffassung nach streng verfassungsmäßig sind. Im allgemeinen war sein Vorgehen nach dem Buchstaben des Gesetzes tatsächlich legal, aber die Gewehrläufe der Sicherheitspolizei des kommunistischen Innenministeriums waren seit Montagmorgen eine sinnfällige Warnung, die erkennen ließ, mit welchen Methoden Gottwald seine Forderungen nötigenfalls durchzusetzen bereit war.

Die Demonstrationen der Kommunisten und Gewerkschaften, die seit Freitagabend ununterbrochen aufeinander folgten, erreichten gestern ihren Höhepunkt durch den Aufmarsch von mehr als 50 000 Menschen auf dem Wenzelsplatz im Zentrum Prags. Um 16 Uhr war der Platz von Demonstranten vollkommen ausgefüllt. Eine halbe Stunde später begab sich Ministerpräsident Gottwald in Begleitung des kommunistischen Gewerkschaftsführers Antonin Zapotocky und des Innenministers Vaclav Nosek ins Präsidentenpalais. Im gleichen Augenblick erschien auf den Straßen ein Extrablatt der kommunistischen Zeitung „Rude Pravo“ mit der Meldung: „Wenn die Forderungen Gottwalds von Benesch nicht gebilligt werden, beginnt der Generalstreik.“

Der Tag endete mit der Parade von 8 000 bewaffneten Angehörigen der Arbeiterschaft auf dem Wenzelsplatz, die als Fabrikwachen bezeichnet wurden und angeblich an einer schon früher geplanten Demonstration teilnahmen.

Die neuen Minister sind: Stellvertretende Ministerpräsidenten: Antonin Zapotocky (Kommunist), Bohumil Lausman (Sozialdemokrat) und Wilhelm Sirocky (slowakischer Kommunist); Minister für Außenhandel: Antonin Gregor (Parteizugehörigkeit noch nicht bekannt); Industrieminister: Zdenek Fierlinger (Sozialdemokrat); Transportminister: Alois Petr (Katholische Volkspartei); Postminister: Alois Neumann (Volkssozialist); Minister für das Sozialwesen: Evjen Erban (Sozialdemokrat und Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes); Gesundheitsminister: Josef Plojhar (Katholische Volkspartei); Minister für öffentliche Arbeiten: Amanuel Slechta (Volkssozialist); Koordinierungsminister: Vavro Srobar (Anhänger der slowakischen Einheitspartei); Justizminister: Alexej Cepicka (Kommunist, bisher Binnenhandelsminister); Minister für Binnenhandel: Frantisek Krajcir (Kommunist); Staatssekretär für nationale Verteidigung: Jan Sevcik (slowakischer Demokrat).

Im Amt verbleiben außer den beiden Parteilosen, Außenminister Jan Masaryk und Verteidigungsminister General Ludwig Swoboda, die bisherigen kommunistischen Regierungsmitglieder Innenminister Vaclav Nosek, Finanzminister Jaromir Dolansky, Informationsminister Vaclav Kopecky und Landwirtschaftsminister Julius Duris, Erziehungsminister Zdenek Nejedly (bisher Minister für Sozialwesen) und Ernährungsminister Ludmila Jankowcowa, bisher Industrieminister.

Dem neuen Kabinett gehören damit 12 Kommunisten, vier Sozialdemokraten, zwei Volkssozialisten, zwei Mitglieder der katholischen Volkspartei, ein slowakischer Demokrat und zwei Parteilose an. Von den 12 Kommunisten gehören neun der tschechischen und drei der slowakischen kommunistischen Partei an. Das alte Kabinett setzte sich aus sechs tschechischen und drei slowakischen Kommunisten, vier Volkssozialisten, drei Sozialdemokraten, vier Mitgliedern der katholischen Volkspartei, vier slowakischen Demokraten und zwei Parteilosen zusammen. Es verlautete heute morgen die dem neuen Kabinett

angehörigen Mitglieder der Volkssozialisten und der katholischen Volkspartei seien aus ihrer Partei ausgeschlossen worden.

Von besonderer Bedeutung für den weiteren Verlauf der Ereignisse ist es, dass die neue kommunistische Regierung die Kontrolle über das Justizministerium erlangt hat, das bisher unter der Leitung des anti-kommunistischen Volkssozialen Dr. Drtina stand. Unbestätigte Berichte sprechen von Verhaftungen hoher Justizbeamten. Mit Justiz und Innenministerium in ihren Händen haben die Kommunisten auf jeden Fall die völlige Kontrolle über die politische Opposition erhalten. Ausländische Beobachter in London sind sich dessen bewusst, dass Präsident Benesch die äußere Form der Demokratie wohl gewahrt hat, die Lösung der Krise aber praktisch auf einen Sieg der Kommunisten hinausläuft.

Die Tatsache, daß Jan Masaryk weiter Außenminister bleibt, wird trotzdem als ein Zeichen angesehen, daß nicht alles den Kommunisten überantwortet wurde, denn Masaryk, der parteilos ist, steht zu den westlichen Demokratien in guten Beziehungen und hat die Kommunisten oftmals durch seine aufrechte Haltung in Verlegenheit gebracht.

Die Prager Studentenschaft versuchte gestern abend, als Gegendemonstration gegen die kommunistischen Aufmärsche zum Hradachin zu marschieren, wo sie Präsident Benesch eine Huldigung darbringen wollte. Die Polizei behinderte die Studenten an der Durchführung der Kundgebung und verhaftete 50 von ihnen. Mehr als 10 000 Studenten hatten sich auf dem Platz vor der alten Karls Universität versammelt, um an dem Demonstrationzug teilzunehmen.

Am späten Abend war im Prager Straßenbild eine Entspannung der Lage auch äußerlich erkennbar. In der Industrie und bei Behörden scheinen jedoch die sogen. Aktionskomitees ihre „Säuberungsaktion“ unentwegt fortzusetzen.

An der tschechoslowakisch deutschen Grenze bei Waldhaus in der Nähe von Passau verhaftete die deutsche Polizei gestern drei Männer, die sich als flüchtige anti-kommunistische Politiker der tschechoslowakischen katholischen Volkspartei ausgaben, wie die Polizei mitteilte. Sie wurden dem Abwehrrdienst der amerikanischen Armee übergeben. Ihre Namen wurden nicht bekanntgegeben.